



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 28. August 2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 31. August 2026

Fokusthemen: Bildung und Bauen

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montagmorgen nach drei Schlussabstimmungen zu Lehrmittelfreiheit, Kinderrechtskommission und Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten mit Vorstössen zu Bildungsthemen befassen. Dabei zeichnen sich vor allem zu den geforderten Handy- und Kopftuchverboten an Schulen intensive Debatten ab. Anschliessend geht es bis zur Mittagspause um die vorläufige Unterstützung verschiedener PI. In der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat nach der Erledigung einer Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren und den Schlussabstimmungen zur Pflegeheimbettenplanung und zum GBGG einen Objektkredit genehmigen und ein Postulat zur Kreislaufwirtschaft abschreiben, bevor er sich mit einer umstrittenen PI zum ökologischen Ausgleich im Siedlungsraum auseinandersetzen wird. Anschliessend wird sich der Rat bis zum Sitzungsende mit einer Reihe weiterer Postulate beschäftigen.

Schlussabstimmungen zu Lehrmittelfreiheit, Kinderrechtskommission und Betreuungsschlüssel

Keine langen Diskussionen sind in den zweiten Lesungen zur geleiteten Lehrmittelfreiheit im Volksschulgesetz und im Lehrpersonalgesetz sowie zu zwei Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz zu erwarten. In der sogenannten Redaktionslesung einer Vorlage geht es gewöhnlich nur noch um formelle, meistens unumstrittene Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO). Der Kantonsrat hat in erster Lesung mit 98 zu 75 Stimmen entschieden, dass Lehrpersonen künftig geeignete Lehrmittel aus einer Liste auswählen können sollen ([KR-Nr. 19/2022](#)). Ohne Gegenantrag entschied der Rat in erster Lesung, eine «Kinderrechtskommission» zu schaffen, die Kinder- und Jugendrechte gewährleistet ([6038](#)). Und mit 118 zu 54 Stimmen folgte der Rat dem Antrag der vorberatenden Kommission zur Anpassung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten ([KR-Nr. 209/2021](#)). Somit sollen Praktikantinnen und Praktikanten nur während längstens eines Jahres dem Betreuungsschlüssel von Kindertagesstätten angerechnet werden können.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Vorstösse zu Stichtag für den Kindergarteneintritt, Handy- und Kopftuchverbot an Schulen

Eine längere Debatte zeichnet sich am Montagmorgen zu Vorstössen ab, welche die Bildungsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrätin Nadia Koch möchte den Stichtag für den Kindergarteneintritt schrittweise vom 31. Juli auf den 30. April verlegen, damit die jüngsten Kinder im Kindergarten 3 Monate älter sind als heute ([KR-Nr. 259/2025](#)). Die Regierung beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Entgegennehmen möchte er indes zwei Vorstösse der SVP. Kantonsrat Tobias Weidmann verlangt mit dem Postulat betreffend «Verbindliche Richtlinien – keine Smartphones an Volksschulen», dass Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis Ende der 9. Klasse an allen Zürcher Volksschulen keine privaten Smartphones, Tablets und Notebooks mehr brauchen dürfen ([KR-Nr. 367/2025](#)). Die Regelung soll vom Kindergarten bis Ende der 9. Klasse gelten und die Unterrichtszeit, Pausen, das gesamte Schulareal sowie die Tages- und Betreuungsstrukturen der Schulen und Gemeinden umfassen.

Im Wesentlichen eine Wiederholung der [Debatte vom vergangenen Dienstag](#) im Grossen Rat des Kantons Aargau ist zur Motion betreffend «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» zu erwarten ([KR-Nr. 379/2025](#)). SVP-Kantonsrat Tobias

Infortuna fordert eine gesetzliche Grundlage, die das Tragen von Kleidungsstücken, die den Kopf von Frauen und Mädchen aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen bedecken, an sämtlichen öffentlich-rechtlichen Schulen und Kindergärten grundsätzlich verbietet.

Nadia Koch (GLP, Rümlang), 079 461 37 55
Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66
Tobias Infortuna (SVP, Egg), 079 667 71 01

Parlamentarische Initiativen zu PFAS und Co-Präsidien an Gerichten

Bis zur Mittagspause wird sich der Rat danach voraussichtlich mit parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es vorerst darum zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Grünen-Kantonsrat Benjamin Krähenmann möchte, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative mit dem folgenden Ziel einreicht: Der Bund soll dafür sorgen, dass eine Abgabe auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) an der Quelle erhoben wird und damit ein Fonds gespiesen wird zur Deckung sämtlicher Sanierungskosten in Zusammenhang mit PFAS ([KR-Nr. 128/2026](#)). Und SP-Kantonsrätin Priska Lötscher will an Zürcher Gerichten Co-Präsidien ermöglichen, namentlich am Sozialversicherungsgericht ([KR-Nr. 129/2026](#)), am Verwaltungsgericht ([KR-Nr. 130/2026](#)), am Baurekursgericht ([KR-Nr. 131/2026](#)), am Steuerrekursgericht ([KR-Nr. 132/2026](#)) und am Obergericht ([KR-Nr. 133/2026](#)). Diese fünf PI werden gemeinsam behandelt.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61
Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Schlussabstimmungen zur Pflegeheimbettenplanung und zum GBGG

Rasch behandelt werden dürften die beiden auf den Beginn der Nachmittagssitzung traktandierten Schlussabstimmungen. Der Kantonsrat hat in erster Lesung entschieden, dass die Planung der Pflegeheimbetten im Kanton Zürich künftig auf Prognosen des tatsächlichen Bedarfs beruhen soll ([6055](#)). Weiter hat er sich dafür ausgesprochen, das neue «Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten (GBGG)» zu erlassen ([5984](#)). Das Gesetz ermöglicht, gebäude- und grundstücksbezogene Daten auf einer zentralen Plattform bereitzustellen, und regelt die Datenlieferung, Datenverknüpfung, Datennutzung und Zuständigkeiten.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Liegenschaft Bederstrasse 28 soll ins Verwaltungsvermögen übertragen werden

Kaum auf Opposition stossen dürfte der Antrag für einen Objektkredit von 5,29 Millionen Franken für die Übertragung der Liegenschaft Bederstrasse 28, Zürich, in das Verwaltungsvermögen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Ausgabenbremse zu lösen und den Kredit zu bewilligen ([6069](#)). Die KPB erachtet die Übertragung als richtig, zumal die Liegenschaft bereits vom Kanton genutzt wird. Und sie befürwortet die Absicht, das Gebäude künftig als Erweiterung für die angrenzenden Kantonsschulen Freudenberg und Enge zu verwenden.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Postulat zur Kreislaufwirtschaft soll abgeschrieben werden

Nachdem der Kantonsrat vor zwei Wochen bereits zwei von drei Postulaten der Grünen zur Kreislaufwirtschaft als erledigt abgeschrieben hat, dürfte er das am Montag mit dem dritten ebenfalls tun ([KR-Nr. 344/2022](#)). Die Abschreibung war in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) denn auch unumstritten. Konkret geht es um die Forderung an die Regierung, für eine Grünabfallsammlung und -verwertung in allen Gemeinden zu sorgen. Der Regierungsrat erklärte in

seinem Bericht, dass die Gemeinden vielfältige und auf ihre Verhältnisse angepasste Angebote zur Sammlung von biogenen Abfällen aufgebaut hätten und diese noch erweiterten. Es bestehe kein Anlass, zusätzliche Vorgaben zu machen.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Umstrittene Initiative zum ökologischen Ausgleich im Siedlungsraum

Gespalten war die vorberatende Kommission für Planung und Bau (KPB) in der Beurteilung der parlamentarischen Initiative von Grünen-Kantonsrat David Galeuchet betreffend «Ökologischer Ausgleich im Siedlungsraum» ([KR-Nr. 368/2020](#)). Mit Stichentscheid der Kommissionspräsidentin beantragt die KPB die Ablehnung. Folgt ihr der Rat, ist die Initiative erledigt. Folgt er hingegen dem Antrag der Minderheit, wird die Initiative in die Kommission zurückgeschickt, damit diese einen Erlassentwurf ausarbeitet. Es geht um die Forderung, dass die Gemeinden zwecks Förderung der Biodiversität im Siedlungsraum Vorschriften zur Errichtung ökologischer Ausgleichsflächen erlassen müssen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), 079 434 36 23

Weitere Postulate zu Büroflächen, Nachhaltigkeitsstandards und einer Veloschnellroute

Im Anschluss wird sich der Rat voraussichtlich bis zum Sitzungsende mit einer Reihe weiterer Postulate beschäftigen. Auch zu diesen Postulaten liegen die Berichte des Regierungsrats vor, sodass es jetzt darum geht, ob der Rat sie abschreibt. Das erste betrifft den Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude, der dem kantonalen Flächenstandard Bürogebäude angenähert werden sollte ([KR-Nr. 333/2024](#)). Die KPB beantragt einstimmig die Abschreibung. Sie erachtet ihre Forderung mit dem seit August 2025 geltenden «Standard Büro Rechtspflege» als grösstenteils erfüllt. Auch die Abschreibung des Postulats für einen neuen Nachhaltigkeitsstandard für die kantonalen Kliniken, Gerichte und weitere wesentlich vom Kanton beeinflusste Institutionen war in der KPB nicht bestritten ([KR-Nr. 423/2021](#)). Die Kommission erachtet das Engagement des Kantons bei der Etablierung von Nachhaltigkeitsstandards als vorbildlich. Zufrieden war die KPB ebenso mit den Ausführungen des Regierungsrates zur Veloschnellroute Feldbach–Tiefenbrunnen und beantragt einstimmig die Abschreibung des Postulats. Sie würdigt den grossen Aufwand, den die Baudirektion in die Erarbeitung des Projekts investiert ([KR-Nr. 461/2022](#)).

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Schriftliches Verfahren:

Diskussionslos behandelt wird am Montag zu Beginn der Nachmittagssitzung als Traktandum 28 eine Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion betreffend Förderung der praktischen Ausbildung der Gesundheitsberufe aller Stufen ([KR-Nr. 77/2022](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch